

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.

Verantwortlicher Redakteur:
Friedr. Bahlé, Magdeburg.

Für den Inseratenteil:
Carl Lanckau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.

Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnolds,
Magdeburg

fernsprech. Anschlag
Nr. 1567, Amt 1.

Volksstimme

Prämumerando nach Daxe
Abonnementpreis:

Vierteljähr. inkl. Bringerlohn
2 M. 25 Pf., monatl. 80 Pf.

In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 M., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M.
erh. Bestellsch.

Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.

Zeitungskasse Nr. 7242.
Inserationsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 18.

Magdeburg, Mittwoch, den 22. Januar 1896.

7. Jahrgang.

Volkerverdummung.

M. Der Antrag Kanitz ist gefallen, die Freunde desselben haben eine gewaltige Niederlage erlitten. Mit besonderer Schärfe ist der Antrag bekämpft und der „fogenannten“ konservativen Partei der Fehdehandschuh hingeworfen, den die Junker und Junkerengenossen aufgenommen haben mit dem Versprechen, „wenn die Festslichkeiten vorüber“, mit den Ministern, welche den Antrag bekämpften, gründlich abrechnen zu wollen. Und in der That führen die Organe der Junker eine fesehe Sprache. Sie richten ihre Pfeile gegen v. Marschall und v. Hammerstein, obwohl sie wissen, daß diese beiden Minister im Auftrag eines Höheren handeln. Es soll nach dem Börsenkurier der ausdrückliche Wunsch des Kaisers gewesen sein, und es soll demzufolge im preussischen Staatsrat vereinbart worden sein, daß den Agrariern mit besonderem Nachdruck das Unzulässige ihrer Agitation zu Gemüte geführt werden sollte. Und in der That, dies ist geschehen.

Wie treffend der Staatssekretär hervorhob, ist der Antrag Kanitz geeignet, die internationale Entwicklung Deutschlands auf das Tiefste zu schädigen, da im internationalen Verkehr der grausame Grundsatz gilt: *Inter Du mit* — so ich Dir! Der Antrag Kanitz ist deshalb handelspolitisch unmöglich, praktisch nicht durchführbar und hat schwere sozialpolitische Bedenken. Auf diese Bedenken wiesen v. Marschall und v. Bennigsen hin. Herr v. Marschall sagte: „Große Gruppen des Volkes besitzen nichts als ihrer Hände Kraft, und ihre und ihrer Familien Existenz hängt ab von der Verkauflichkeit ihrer Arbeit, das heißt von der Höhe ihrer Löhne. Was würden Sie dazu sagen, wenn die Arbeiter „normale“ Löhne verlangten? Und Herr v. Bennigsen fragte: „Was soll geschehen, wenn das, was der Antrag Kanitz verlangt, von anderen Gewerben auch verlangt wird? Die kapitaltrüchtige, mit Maschinen arbeitende Großindustrie macht eine mächtige Konkurrenz dem Handwerk. Was wollen die Befürworter des Antrags antworten, wenn das Handwerk auch solche gefährlichen Preise verlangt? Unsere Ahderei, unsere Schiffahrt hat immer große Klage erhoben über die Konkurrenz der großen Dampfer; wie will man den kleinen Schiffen normale Preise sichern. Die Eisenindustrie hat auch seit länger als zwei Jahren mit dem Niedergang der Preise zu kämpfen gehabt, aber einen solchen Anspruch, wie er im Antrag Kanitz enthalten ist, hat sie niemals erhoben. Unsere sämtlichen deutschen Arbeiter zusammengenommen bilden eine Klasse, die der Landwirtschaft vollkommen gleichberechtigt ist. Sowie eine Handelskrise, eine Uebersubstraktion eintritt, Erscheinungen, die nach gewissen wirtschaftlichen Gesetzen heinabe regelmäßig eintreten, erhalten die Arbeiter niedrige Löhne oder werden arbeitslos. Wenn die Arbeiter für alle Zeit und unter allen Umständen einen auskömmlichen Lohn verlangen, von dem sie mit ihrer Familie existieren können, was soll dann werden? Es muß dann dafür gesorgt werden, daß regelmäßige Beschäftigung vorhanden ist, es muß dann das Recht auf Arbeit geschaffen werden.

Herr v. Bennigsen appellierte an den Patriotismus der Kanitze und hoffte, daß die Herren von weiterer Agitation absehen, da sie sich doch überzeugen müssen, daß ihr Antrag nicht durchführbar ist, daß er die Unzufriedenheit weiter fördert und die Interessengegensätze verschärft. Wies doch der Landwirtschaftsminister hin auf die Zeit der Bauernkriege und er hoffte, daß, wenn der Reichstag die Kraft hat, jetzt ein Ende mit der Sache zu machen, die Herren soviel Kraft besitzen werden, von dem Antrage abzustehen, und von dieser Lösung des Problems, die eine geradezu gemeingefährliche ist — ein frommer Wunsch, doch es kommt anders.

Herr Liebermann v. Sonnenberg, der Mitantragsteller, erklärte: Der Antrag Kanitz wird unabweislich wiederkommen, und zwar viel sicherer als viele der Herren, die gegen den Antrag stimmen — bei den nächsten Wahlen. Demgemäß erleben wir die Fortsetzung der Agitation, deren „Gemeingefährlichkeit“ die Regierung erläutern hatte. Es wäre eine sonderbare Ironie des Schicksals, wenn nunmehr ein Ausnahmengesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Antisemiten und ihre Schützlinge, die Junker, erlassen würde.

Obwohl Herr v. Liebermann im Namen der „vereinigten Antisemiten“ sich für den Antrag Kanitz erklärte und in seiner Rede durchblicken ließ, daß der Antrag Kanitz die Parole bei den kommenden Wahlen zum Reichstage sei, mehrten sich aber in antisemitischen Kreisen Stimmen, die sich gegen diese „gemeingefährliche“ Agitation wenden — vor allen Dingen die *Sachsenschau* (Tageszeitung für den deutschen Mittelstand), ein von antisemitischer Seite offiziell anerkanntes und speziell von den Magdeburger Antisemiten unterhaltenes Organ.

Die *Sachsenschau* hofft (entgegen der antisemitischen

Partei), daß die letzte Schlacht für den Antrag Kanitz geschlagen ist und kann „nach dem Verlauf der Dinge nicht bedauern, wenn demnächst der Antrag Kanitz aus unserem innerpolitischen Leben verschwindet“. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

Es kommt wohl vor, daß Lieblingswünsche, die alle Klassen und Stände eines Volkes erfüllen, trotz zeitweiliger Niederlagen immer wieder nach Erfüllung begehren. Aber ein vorwiegend von einer einzelnen Klasse und nicht einmal von der ganzen Klasse befohlenes Streben muß schließlich bei dem Widerstand aller anderen Berufsstände erlahmen. Der Antrag Kanitz ist ein in der That sehr wohlwollig und volkstümliches Werk, dem nur der Unmut über die Ungunst der Zeiten, gelegentlicher Bohn über den Kaniz aus goldene Kalb an den Böesen und das scheinbare Mißverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in den Augen vieler Leute einen gewissen Schönen Schimmer verliehen hat.

Diese Kritik, welche die Interessenpolitik der Junker und deren Geselligkeit treffend darlegt, den Antrag Kanitz als ein völlig unvolkstümliches Werk bezeichnet, reizt sich der von gegnerischer Seite erfolgten Kritik würdig an. Was wird geschehen? Werden die durch diesen Artikel schwer kompromittierten Antisemiten den Kampf gegen das eigene Blatt aufnehmen oder werden sie im Vertrauen auf die Dummheit ihrer Anbeter die „gemeingefährliche“ Agitation auf dem Bunde fortsetzen? Wir glauben das Letztere, denn in punkto Volkerverdummung haben die Antisemiten bereits Unglaubliches geleistet. Diese Art der Agitation gereicht uns zum Vorteil. Der Antrag Kanitz ist Interessenpolitik, er hilft einer Minorität der Bevölkerung auf Kosten einer ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung. Und wenn diese Politik von den Antisemiten im Reichstage unterstützt, von einigen antisemitischen Blättern aber bekämpft wird, ohne daß hiergegen Protest erhoben wird, so wird hiermit die Verdummung des Volkes geplant, deren Folgen der Sozialdemokratie zu gute kommen.

Politische und volkswirtschaftl. Übersicht.

Eine Kaiserbeleidigung beging der Tischler und Dienstknecht Conrad Schulze um eine Unterkunft im Gefängnis zu finden. Schulze ist ohne festen Wohnsitz, im Alter von 31 Jahren und des öfteren mit Gefängnis und Zucht haus bestraft. Die Beleidigung beging er einige Tage nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Das Landgericht Magdeburg verurteilte den Obdachlosen zu 4 Monaten Gefängnis. — Wegen Kaiserbeleidigung außer Verfolgung gesetzt wurde am Sonnabend ein seit einigen Tagen im Kieler Gefängnis inhaftiert gewesener Landmann aus der Umgegend von Kiel. In demselben Gefängnis befindet sich seit einigen Tagen ein Schlosser in Hast, der bei seiner Arretierung wegen totaler Trunkenheit sich einer Kaiserbeleidigung schuldig gemacht haben soll.

In dem *Trinkspruch des Kaisers* bei dem Banket im weißen Saale des königlichen Schlosses in Berlin ersuchte der Kaiser die Anwesenden um ihre vollste Unterstützung, daß sie dem Kaiser helfen mögen, seine Pflicht nicht nur seinen engeren Vorgesetzten sondern auch vielen Tausenden von Vorgesetzten im Auslande gegenüber erfüllen zu können, daß der Kaiser sie schützen kann, wenn er muß. Die Marine-Entwickler heuten diesen Trinkspruch aus und schlagen eine Vergrößerung der Marine vor. Was kommen kann, ist ungewiß. Im Reichstage erzählen sich die Volksvertreter, daß an den Reichstage mit neuen Forderungen herantreten wird. Die Teilnehmer am Festbanket werden nicht umhin können für die zu erwartenden Forderungen zu stimmen. Wir Sozialdemokraten thun das nicht.

Landgerichtsrat Brausewetter ist gestorben. In einem Todesstunde seiner Krankheit, die sich als akutes Delirium darstellte, ist der scharfe Gegner der Sozialdemokratie gestorben.

Der rote Adlerorden vierter Klasse.

Von dem Landgerichtsrat Brausewetter schreibt der Börsenkurier, daß es für Mediziner keinem Zweifel unterlag, daß Brausewetter „seit geraumer Zeit für sein Thun und Lassen nicht voll verantwortlich zu machen sei“. Brausewetter sei der „gefürchtetste Richter“ in ganz Berlin gewesen; die Schwardprozesse machten seinen Namen weiten Kreisen bekannt; die Leitung der Verhandlungen in dem Summischlauchprozeß durch Herrn Brausewetter erregte allenthalben das denkbar größte Erstaunen und Befremden; in ungezählten Press- und Kaiserbeleidigungsprozessen hat die von ihm geleitete Strafkammer seither ein drakonisches Urteil nach dem anderen gefällt. Die Verdienste dieses Mannes sind von der konservativen Presse stets gewürdigt worden. Ihren Höhepunkt erreichte die Würdigung durch die Verleihung eines Ordens. Am Sonntag wurde dem Landgerichtsdirektor Brausewetter der rote Adlerorden vierter Klasse verliehen — und am Sonnabend hauchte der Beglückte seinen Geist aus; der Orden kam zu spät.

Die *Wahlrechtsliga*, welche sich in Sachsen zur Verhinderung der Wahlrechtredung gebildet hatte, ist auf Grund des Vereinsgesetzes aufgelöst worden. So weit wir unterrichtet sind der Liga Personen aller Parteien beigetreten, die sich der geplanten Wahlrechtredung widersetzen. Vereine sind der Liga nicht beigetreten. Die Auflösung ist uns daher völlig unverständlich. Doch der Auflösung der Liga wird aber die Agitation zielbewußt fortgesetzt. Die Agitation wird durch die neueste Polizeimaßregel erst recht in Fluss kommen. Es mag unternommen werden, was da will, die Protestkundgebungen werden nicht so leicht verschwinden; es sei denn, die Reaktion kommt von ihrem schwächlichen Vorgehen ab, der Mehrheit des sächsischen Volkes den Mund zu verschließen.

Beschlagnahme wurde Nr. 3 des Sozialist. Anlaß zu dieser Maßregel gaben die Artikel Arbeitslos—Obdachlos und zum 18. Januar.

Es geht in *Elßaß* vorwärts! Bei der in Straßburg vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten zum Bezirksrat des Unter-Elßaß wurde der sozialdemokratische Kandidat Böhle mit 2144 Stimmen gegen den liberalkandidaten Mey, der 2015 Stimmen erhielt, gewählt.

Der *bayerische Agrarier* Freiherr v. Thüngen-Roßbach spricht in einem Briefe an die Bauernbündler die Hoffnung aus, daß sich der Adel in Masse der Bauernbewegung anschließen werde. v. Thüngen schreibt: „Auch die deutschen Fürsten würden sich ihres Ursprungs aus dem freien Bauernstande erinnern. Thun sie es nicht, dann seien in 25 Jahren die deutschen Throne und Thronen so ziemlich erledigt.“ Uns gehört die Zukunft, uns — oder der Sozialdemokratie, löhnt die Deutsche Tageszeitung, das Organ der preussischen Junker, Gemach edle Herrn. Wohl scheint eine Zeit bevorzustehen, in der, um mit Herwegh zu reden, „Europa am Uebermüthe hiege-reicher Junker sich erfreuen kann“, aber das deutsche Volk, das mehr und mehr zur Sozialdemokratie übergeht, wird den Uebermut der Junker brechen, die Zukunft erobern — der Sozialdemokratie wird die Zukunft gehören. Alle Verpöhtungen, sowie Verfolgungen ändern hieran nicht das mindeste. (Siehe Leitartikel des Landboten.)

Vom *Elferauslaß der konservativen Partei* wird Stöcker aufgefordert, Farbe zu bekennen. Er soll unkehren in den alleinseigmachenden Schoß der „fogenannten“ konservativen Partei und sein Verhältnis zu den Christlich-Sozialen Raumannscher Richtung lösen. Die Erklärung Stöckers steht noch aus.

Die Lage der *preussischen Volksschullehrer* wird auch nach Annahme des neuen Lehrerbefolgungsgesetzes noch erheblich ungünstiger bleiben, als die der sächsischen Lehrer. Während der Mindestgehalt eines ständigen Volksschullehrers in Preußen auf 900 Mark, der einer Lehrerin auf 700 Mark festgesetzt wird, beträgt derselbe in Sachsen sowohl für Lehrer als für Lehrerinnen 1000 Mark neben freier Wohnung. Der Gehalt eines Hufschlehrs aber mindestens 720 Mark neben freier Wohnung und Heizung. Auch in Bezug der Alterszulage stehen Sachsens Lehrer günstiger als ihre Kollegen in dem viel mächtigeren Preußen.

Dänemark.

Am 16. d. M. gab im Folkething der Zuderrübenbau auf Volland-Falster Anlaß zu einer interessanten Debatte. Die Gutsbesitzer, die hier wie anderswo die beruflichen Schätzer der Nationalität zu sein vorgeben, importieren nämlich jährlich große Mengen von schwedischen und polnischen Arbeitern — im Jahre 1895 z. B. allein 800 Polen — die für einen Hungerlohn arbeiten und außerdem so außerordentlich „willig“ sind. Daß durch die fremden Arbeiter, die durch die Sprache von ihren einheimischen Kameraden getrennt sind, die Organisation der Landarbeiter überaus erschwert wird, erscheint selbstverständlich den Gutsbesitzern als ein weiterer Vorzug. Mehr wundern muß man sich schon über die eiserne Ruhe, mit der sie dem ziffermäßig festgestellten Rückgang der dänischen Nationalität in den betroffenen Distrikten zusehen — dieselben Leute, die an chauvinistischer Versehen das Menschenmögliche leisten, wenn einmal die Entnationalisierung Nord-Schleswigs durch die Preußen auf der Tagesordnung steht. Freilich, der patriotische Verzicht auf ausländische Bohndrucker würde den Profit schmälern und die Begeisterung für die „abgetrennten“ Länder jählich der Königsau erfordert nichts, aber auch gar nichts als eine gesunde Anstrengung der Kehle.

Afrika.

Die Lage der Italiener in Matalle scheint höchst ungünstig zu sein, in Rom laufen unwillkürliche Gerüchte um, daß Matalle sich den Schoanern ergeben hat. Damit wäre den Italienern eine schwere Schlappe beigebracht. In politischen und militärischen Kreisen haben die Nachrichten aus Afrika große Bestimmung hervor-

19. Sitzung vom 20. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats, zu dem die Verordnungen der Post- und Telegraphen-Verwaltung...

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Ich möchte Ihnen vor dem Uebergang zur Besprechung des eigentlichen Postetats ein Wort geben...

Abg. Dr. v. Barth (natl.) berichtet als Referent über die Verhandlungen in der Kommission und befürwortet zugleich die von der Kommission angenommene Resolution...

Abg. Singer (Soz.): Bisher hat die Reichspostverwaltung selber auf die wiederholten Wünsche des Reichstages keine Rücksicht genommen...

Wir ist ein Fall aus Schwerin bekannt, wo einem Landbriefträger, der 24 Jahre ohne Urlaub gebient hatte auf sein Gehalt um einen achtstägigen Urlaub zum Besuch seiner todkranken Schwiegermutter nur drei Tage bewilligt wurden...

Ich will auf der Maßregelungspreis der Postverwaltung nur einen Fall anführen. Aus einem Begründungsprotokoll der Vorgauer Postassistenten an den Bezirksverein in Halle...

Abg. Schädler (Centr.) legt die Notwendigkeit der Sonntagsruhe für die Postbeamten dar und beklundet sein Wohlwollen für den Postassistentenverband...

Abg. Dingen (Centr.) tritt für die Erweiterung der Sonntagsruhe sowie für Einstellung des Paketverkehrs am Sonntag ein.

Abg. Werner (Wahlm.) befürwortet die Ermäßigung der Tarifgebühren. Redner befürwortet ferner die Ausdehnung des Erholungsurlaubes der Beamten und gerechtere Verteilung der Gratifikationen...

Abg. v. Stumm nimmt die Postverwaltung in Schutz. Mit der Resolution der Kommission ist er einverstanden, nur erscheint ihm der inwärtigen eingegangene Antrag des Abg. Singer...

Die Frage der Reform des Postzeitungstarifs ist von mir in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Reichspostamtes aufs eingehendste geprüft worden. Die Lösung dieser Frage ist aber nicht so einfach...

Unterstaatssekretär Dr. Fischer: Was die Resolution in betreff der Sonntagsruhe betrifft, so konnte der Bundesrat hier nicht schablonenmäßig vorgehen...

Dem Abg. Singer ist das kleine Mißgeschick passiert, daß er eine falsche Dienstanweisung verlesen hat; in der jetzigen ist in der Frage

ber Urlaubsgewährung zwischen höheren und niederen Beamten kein Unterschied gemacht. Das die Reaktionen nicht schnell genug zugehört werden, ist ebenfalls falsch...

Abg. Singer (Centr.) tritt für den Antrag Dingen ein. Herr Singer verlegt das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Eine Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete 1894/95 ist dem Reichstage zugegangen. Die Börsenreform-Kommission hat in ihrer gestrigen Sitzung über die Fassung des § 3, welcher von dem Börsenausschuß handelt, beraten...

Partei-Nachrichten.

Von den Gnaden-Erlässen aus Anlaß des Reichszubildums sind auch mehrere Parteigenossen betroffen worden, so Partel in Nürnberg, Spinski in Leipzig...

Unwürdig.

Der rheinisch-sozialdemokratische Parteitag erklärte mit 42 gegen 32 Stimmen den Reichstagsabgeordneten Schumacher für unwürdig, ferner ein Vertrauensamt in der Partei zu bekleiden...

Strafungen, Verfolgungen etc.

Auf Grund einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts haben nun auch in Oranienburg die Behörden dem Arbeiterbildungsverein als einem politischen Verein die Abhaltung eines Tanzvergnügens mit Damen verboten...

Neueste Nachrichten.

Berlin. Bei dem Zimmermeister Radtke, Memelerstraße, haben sämtliche Zimmerer (46 Mann) in der Gewerbe-Ausstellung die Arbeit niedergelegt. Sie forderten statt 50 Pf. 52 1/2 Pf. ...

hrend der Zeit des Geschäftschlusses an Sonn- und Feiertagen die haupter geschlossenen sein müssen, vernetzt. Das Offenhalten der haupter an sich ist kein Handelsgewerbebetrieb im Sinne der reichs-

Calbe. (Totgefahren.) Der Rangierarbeiter Hesse wurde auf dem Bahnhof Oranienburg in der Nacht zum 19. d. M. von einem Zuge zer-

Wittenberg. (Unfall.) Der Fuhrmann Knappe hatte die Herrschaft über die Pferde verloren, in schnellem Trab bog er aus der Neu-

Berlin. (Selbstmord.) Der Diakon Konrad Kluchhagen aus Götlich tötete sich im Kiergarten durch einen Revolvererschuß.

Breslau. (Zum Nord der „Goldbelle“.) Der angebliche Mörder der „Goldbelle“ soll ermittelt worden sein.

Dormund. (Auf einen Menschen geschossen.) In Dormund soll der Knacht Jozas Salmen erschossen haben, er werde dem Gendarmen gelegentlich den Helm vom Kopfe schlagen.

Ortmannsdorf. (Selbstmord.) Als am Donnerstagabend auf dem Bahnhof Ortmannsdorf von dem eben eingetroffenen 7 Uhr-Zug die Lokomotive abgestoßen wurde, stieß dieser ein gräßlich verflümmelter menschlicher Körper, in dem der 28 Jahre alte, verheiratete Dienstknecht Schmidt aus Mülsen, erkannt wurde.

Zwönitz. (Ueberrfahren.) Freitag Abend nach 5 Uhr wurde auf dem Bahnhof der Stationsassistent Clausius von dem Chemnitzer Güterzuge überfahren und sofort getödtet.

Wie die Bourgeoisie die sozialen Schäden bessert.

Der Verein „Fürsorge“ in Dresden will Flickstunden für Arbeiterfrauen und Mädchen abhalten. Vielleicht hoffen die guten Leute, die armen ausgebeuteten Geschöpfe damit über den Mangel guter, ungeflüchter Kleidungsstücke hinwegzutäuschen.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 20. Januar 1896.

Der Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung stand heute zur zweiten Beratung. Sie wurde unter Hinweis auf die Jubelfeier von dem Generalpostmeister von Stephan eingeleitet.

Potsdamer Disziplinarkammer die Berufung eingelegt. — Dortmund. Nach einem Telegramm der Volkszeitung ermittelte die Polizei eine große Falschmünzwerkstätte und verhaftete zahlreiche, damit in Verbindung stehende Personen.

Lemberg. Da den Schriftlegern die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt worden ist, treten dieselben am 3. Februar in den Streik ein.

Leipzig. Polizeiliche Beschlagnahmen des Vereins Eigentums der Wahlrechtsliga erfolgten Montag Vormittag an allen bekannten Stellen, an denen die Mitgliedschaft zu der nun aufgelösten Liga erworben werden konnte.

Mulda i. S. Hier haben 20 Tischler der Richterschen Fabrik photographischer Apparate die Arbeit niedergelegt, weil ihr Vertrauensmann gekündigt wurde.

Siegburg. In der Angelegenheit des Oberfeuerwerkers Nürnberg haben weitere Vernehmungen stattgefunden. Mehrere Personen, bei denen kompromittierende Schriftstücke gefunden wurden, sind verhaftet.

fertigung beim Ablefern der Arbeiten; die Abfertigung darf 2 Stunden nicht überschreiten; jede angefangene Ueberstunde wird mit 40 Pf. bezahlt; Anerkennung von Arbeitsnachweisen, die von den Schneidern verwaltet werden. — Alle diese Forderungen werden mit dem Lohnstarke und derjenigen betriebs- und Betriebswertigkeiten den Unternehmern vorgelegt.

Freie Religions-Gesellschaft. Nur für die Mitglieder werden von jetzt ab regelmäßig zwanglose Besprechungen über die in den Erbauungs-Vorträgen angeführten Themen abgehalten.

Groß-Otterleben. Eine öffentliche Volksversammlung fand hier im Heulingschen Saale am 18. Januar statt. Genosse Fabian Magdeburg sprach über: Deutschland nach 25 Jahren.

Der Wilhelmshäbter Naturheilverein hielt am 8. Januar im Luisenpark eine Versammlung ab, die sehr schwach besucht war. Der Vortrag des Herrn Dr. med. Dietrich wurde deshalb bis zu einer späteren Versammlung vertagt.

Naturheilverein Wilhelmshäbter. Versammlung am 22. Januar, im Luisenpark. Vortrag des Herrn Dr. Dietrich über „Kinderkrankheiten“.

Briefkasten. (Erschienen der Redaktion 11-1 Uhr.) H. H., Olivenkelt. Sie sind verpflichtet, für Ihren Sohn bis zu dessen 21. Lebensjahr aufzukommen.

erfüllen kann. Wenn der Vater also sein Kind ein Geschäft oder Gewerbe erlernen oder betreiben läßt, so sind die von dem Kinde bei dieser Gelegenheit vorgenommenen Handlungen (z. B. Kündigung des Dienstverhältnisses) und geschlossenen Verträge ohne weiteres gültig.

Table with 4 columns: Name, Date, Value, and another column. Rows include Aufsig, Dresden, Zorn, Wittenberg, Köslan, Warby, Magdeburg, Langenmünde, Wittenberge, Dömitz, Pegel, and Lauenburg.

Verne, Versammlungen, Vergnügungen etc. Eine öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung fand Montag abend im Wüllerschen Saale statt.

Advertisement for C. W. Engels in Graefrath b. Solingen. Includes an image of a pocket knife and text: 'Bitte unterschreiben, ausschneiden und einsenden'. Price: 1 Mk. 50 Pf. per Stück. Magnetisch.

Arbeitsnachweis und Auskunfts-Bureau der Gewerkschaften Magdeburgs mit Zentral-Herberge. Kleine Klosterstraße Nr. 15/16.

Mitglieder-Versammlung des Vereins der Restaurateure und Bier-Interessenten von Magdeburg und Umgegend am 22. Januar cr., nachmittags 3 Uhr bei Otto Hotze, Brannhirschkstr. 3.

Brot! Brot! Ein jeder besorge sich! Größtes Hausbrotbackerei. In der Götzenstr. 14.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen. 1. Küche: Lindenstr. 37; 2. Küche: Große Ringstr. 7; 3. Küche: Schindlerstr. 61, Kreuzstr.

Homöopathie! Vissler, homöopath. Prakt. Magdeburg, Salzstraße 3. Ich habe lange Jahre bei dem berühmten Homöopathen Herrn Dr. Vissler, (Dresden) gelebt.

Küchenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims. Sonntag: Suppe, Kartoffelbrei und Nudeln.

Wieder eingetroffen: Moses oder Darwin? Eine Schulfrage. Von Dr. Arnold Dodel. Fünfte, vermehrte Auflage. Preis 1.00 Mark.

Wilhelm-Theater. Mittwoch, den 22. Januar. Die Karlskühlerin. Albert Vater. Kolporteur der Volksstimme.

Stadtheater. Mittwoch, den 22. Januar. Der neue Herr. Schauspiel in 7 Akten von Wilhelm.

Stadtheater. Mittwoch, den 22. Januar. Der neue Herr. Schauspiel in 7 Akten von Wilhelm.

Das größte Brot 7 Pf. 50 Pf. Schmeckbrot 6 Pf. 50 Pf.

Ein Speierthok. Die veranlagten Besprechungen.

Stadtheater. Mittwoch, den 22. Januar. Der neue Herr.

Stadtheater. Mittwoch, den 22. Januar. Der neue Herr.

Wenn aber ein Einzel. preuß. Staatsminister, zu dem wir ...

Die sogenannten Konfervativen, die der Regierung in den ...

Die Mittel um die Durchführung der Wirtschaftspflicht in der ...

Die zweite wichtige Sache der ...

Die dritte wichtige Sache der ...

Die sogenannte Konfervative, die der Regierung in den ...

Die Mittel um die Durchführung der Wirtschaftspflicht in der ...

Die zweite wichtige Sache der ...

Die dritte wichtige Sache der ...

Die vierte wichtige Sache der ...

Die sogenannte Konfervative, die der Regierung in den ...

Die Mittel um die Durchführung der Wirtschaftspflicht in der ...

Die zweite wichtige Sache der ...

Die dritte wichtige Sache der ...

Die vierte wichtige Sache der ...

Die sogenannte Konfervative, die der Regierung in den ...

Die Mittel um die Durchführung der Wirtschaftspflicht in der ...

Die zweite wichtige Sache der ...

Die dritte wichtige Sache der ...

Die vierte wichtige Sache der ...